

Gemeinde Hövelhof
Der Bürgermeister

Sperrfrist: 15.12.2011, 18.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, verehrte Damen und Herren,

-1,7; - 2,9; - 2,9; - 1,9;- 1,5 ;- 1,7;- 1,6:

Das ist keine Mathematikaufgabe aus der 5. Klasse sondern sind die tatsächlichen und geplanten Millionendefizite unseres Ergebnishaushaltes seit dem ersten NKF-Jahr 2009 bis zum Jahr 2015. Zwar wird aus den Zahlen deutlich, dass unsere internen Konsolidierungsmaßnahmen inzwischen greifen. Trotzdem ist es wie für fast alle Gemeinde in Nordrhein-Westfalen auch für uns derzeit aus eigener Kraft unmöglich, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Daher die gute Nachricht vorweg: Wir werden auch im kommenden Jahr voll handlungsfähig bleiben und **kein Haushaltssicherungskonzept** aufstellen müssen.

Und dies: **Ohne Steuererhöhung und ohne Kreditaufnahme.**

Aber: **Mit einem „Crashkurs“ im Bereich der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, der auf Dauer die Substanz beeinträchtigt.**

Das heißt: **Wir werden auch im kommenden Jahr nur die notwendigsten Unterhaltungs- und Wartungsarbeiten im laufenden Haushalt bewerkstelligen können.**

Eigentlich könnte ich an dieser Stelle bereits schließen und Ihnen den **Jahresfehlbetrag von 1.911.286 €** verkünden.

Trotzdem möchte ich Ihnen für die Haushaltsberatungen einige Erläuterungen über die gemeindliche Entwicklung und unsere Zukunftsplanungen mitgeben.

Die Entwicklung unserer Gemeinde verläuft außerhalb der Finanzdaten äußerst positiv. In unserem Einwohnermeldeamt sind mit heutigem Stand 15.958 Personen gemeldet, dies sind 162 Einwohner mehr, als noch zu Beginn dieses Jahres.

Diese ungewöhnlichen demographischen Zahlen liegen deutlich über dem eher negativen Landes- und Kreistrend und zeigen die Attraktivität von Hövelhof als Wohnort. Zu dieser Entwicklung trägt sicherlich auch bei, dass der Gemeinderat in den letzten Jahrzehnten stets in unsere sehr gute Infrastruktur investiert und auf nicht zu finanzierende Leuchtturmprojekte verzichtet hat. Kindergärten, Schulen und Sportstätten befinden sich in einem ausgezeichneten Zustand, unsere Wohngebiete sind vorbildlich. Die bildungs- und familienpolitischen Angebote sind äußerst ansprechend. Bei der Qualitätsanalyse unserer Schulen durch die Bezirksregierung haben wir für Gebäude und Ausstattung bisher immer die Bestnote erhalten.

Die Zahl der Arbeitsplätze hier vor Ort nähert sich der 5.000er Grenze und ist damit pro Einwohner gerechnet deutlich höher als alle vergleichbaren Kommunen im Kreis. Fast jeder Hövelhofer kann mathematisch gesehen in Hövelhof einen Arbeitsplatz finden. Mit einer Arbeitslosenquote von inzwischen unter 3,5 % befinden wir uns fast schon in einer Phase der Vollbeschäftigung, wobei allerdings der Fachkräftemangel immer fühlbarer wird. Diesen Indikatoren lassen uns zu einem interessanten Wohnort werden, so dass noch immer eine enorme Nachfrage nach gemeindlichen Wohnbaugrundstücken zu spüren ist.

Im Januar werden wir mit der Vermarktung der Grundstücke am Grünen Weg beginnen und sicherlich kurzfristig die ersten 25 Bauplätze veräußern können. Ich rechne damit, dass die gemeindlichen Plätze im neuen Wohngebiet innerhalb von höchstens zwei Jahren vermarktet sind.

Für die **Baustraßen** dort haben wir im kommenden Jahr einen Betrag in Höhe von **180.000 €** an das Abwasserwerk zu erstatten. Der **Lärmschutzwall schlägt mit 370.000 €** zu Buche. Wir sind natürlich weiterhin bestrebt, die bebauten gemeindlichen Wohngebiete zeitnah endauszubauen. 2012 planen wir mit **250.000 € für das neue Wohngebiet am Furlweg in Riege**, während der Endausbau des 2. Bauabschnittes am Grünen Weg im Jahre 2013 folgen soll.

Auch im kommenden Jahr wird es selbstverständlich mit der gemeindlichen Wohnentwicklung weitergehen. Eine Erweiterung der Wohnbaugebiete ist in Espeln am Espenloher Weg, in Riege und auch in Hövelriege geplant. Unsere Ortsteile erhalten dadurch die Möglichkeit einer soliden Eigenentwicklung und werden durch neue Einwohner gestärkt. Entsprechende Grunderwerbskosten sind nächstes Jahr ebenso eingeplant wie Erlöse aus den Grundstücksverkäufen.

Freuen darf sich der **SC Espeln über einen gemeindlichen Beitrag in Höhe von 210.000 €**. Dies sind 60 % der Gesamtkosten für die Sanierung und den Anbau des maroden Sportheimes. Ich bin fest davon überzeugt: Mit Hand- und Spanndiensten werden die Vereinsmitglieder für ein Schmuckstück sorgen und die Zukunft des erfolgreichen SCE damit sichern.

Zwar ist die endgültige Entscheidung vor Gericht noch nicht gefallen: Doch ist es unser klares Ziel die Junkermallee wieder mit einer Emsbrücke auszustatten. Wie Sie wissen, wurde diese Jahrhunderte alte Wegeverbindung zwischen Hövelhof und Riege von einem Bürger ohne Abstimmung mit uns widerrechtlich entfernt.

Gegen die Auflage, eine neue Brücke zu dulden, klagt dieser derzeit vor dem Verwaltungsgericht. Wir haben über einen Gutachter nachweisen können, dass bereits seit mindestens Mitte des 19. Jahrhunderts die Wegeführung der heutigen entsprach und dadurch eine Widmung durch regelmäßige Übung eingetreten ist. Zudem haben die Bürgermeister von Ostenland und Hövelhof bereits 1916 die heutige Wegeführung vor der preußischen Verwaltung als öffentlich anerkannt. Es wird daher wieder eine Verbindung durch den Wald geben. **Für die neue Emsbrücke werden 35.000 € eingeplant.**

Die Betreuungs- und Bildungslandschaft steht derzeit allorts vor großen Herausforderungen. Insbesondere die aktuellen Anmeldezahlen an den Kindergärten zeigen: Durch die starken Geburtenzahlen der letzten Jahre werden unsere Kindergartenplätze immer knapper. Auch ist der Bedarf für die Betreuung unter Dreijähriger sprunghaft gestiegen. Wir müssen dringend reagieren und haben ja bereits ein Bedarfskonzept mit Anbauten in Klausheide, an der Schulstraße und an der Schattenstraße beschlossen. Leider sind die erwarteten Fördermittel für die erstgenannten beiden Einrichtungen in diesem Jahr nicht geflossen, so dass wir die Investitionsmittel für das Jahr 2012 erneut einplanen müssen. Während für die Aufstockung am **Kindergarten Schulstraße 298.000 €** (bei 240.000 € Förderung) vorgesehen sind, kalkulieren wir am **Kindergarten Klausheide mit Auszahlungen von 205.000 €** und einem Zuschuss von 102.000 €. Drücken wir die Daumen, dass NRW unsere Kommune auch im Hinblick auf den Rechtsanspruch für einen U-3-Platz nicht in Stich lässt. Durch die übertriebenen Vorgaben des Landesjugendamtes werden für den Anbau des **Wickelraumes im Kindergarten Bentlakestraße Auszahlungen in Höhe von 40.000 €** erforderlich. In der Haupt- sowie Realschule werden wir überwiegend in die Erweiterung der veralteten **EDV-Vernetzung** investieren müssen und damit unseren Schülern für insgesamt **110.000 €** zeitgemäße Lernbedingungen bieten. Übrigens am 28. April gibt es etwas zu feiern: Die Franz-Stock-Realschule wird dann bereits 50 Jahre alt und lädt zum Tag der offenen Tür.

Die Mitarbeiter unseres Bau- und Servicebetriebes leisten trotz in den letzten Jahren stets gekürzten Ressourcen eine hervorragende Arbeit, die vom Bürger honoriert wird. Die dringend erforderliche Neuanschaffung des **Mehrzweckfahrzeuges** haben wir seit einigen Jahren stets verschoben. Nunmehr kommen wir nicht mehr darum herum und planen für 2012 mit **75.000 €**. In diesem Zusammenhang ein Hinweis: Wir können nicht gleichzeitig an allen Stellen Personal abbauen und die gewohnten hohen Standards halten. Wenn der Löwenzahn und andere Garten- und Wiesenkräuter am Straßenrand einmal etwas länger blühen, darf ich Sie und unsere Bürger um Verständnis bitten. Die Kollegen werden mit allen Kräften weiterhin bemüht sein, unser schönes Ortsbild zu erhalten.

Eine der Höhepunkte des Jahres 2011 war sicherlich das gemeinschaftliche Aufstellen eines Ortskernkonzeptes unter Federführung des Bauamtsleiters. Im Rahmen der intensiven Bürgerbeteiligung sind viele fruchtbare Ideen entstanden, die unseren Ortskern bereichern werden. Soweit es zu einer Bewilligung der Fördergelder kommt, planen wir im kommenden Jahr mit den **ersten Maßnahmen für die Straße „Zur Post“ und die „Einkaufstraße“**. **Zu den geplanten Auszahlungen von 385.000 € erwarten wir 2012 Zuwendungen von 326.640 €**. Nutzen wir die Chance, auch bei der Detailplanung im kommenden Jahr die Interessen unserer Bürger einzubringen.

Meine Damen und Herren!

Damit wollen wir es im investiven Bereich auch schon bewenden lassen. Wir haben uns vorgenommen bis 2020 schuldenfrei zu sein, daher ist im Investitionshaushalt derzeit nicht mehr drin. Durch die Investitionszuweisungen, Erschließungsbeiträge und Grundstücksverkaufserlöse sind diese Maßnahmen weitestgehend finanziert. Ich bin daher froh darüber, dass unsere Liquidität auch im Jahre 2012 noch ausreichen wird.

Leider sieht dies für den Ergebnishaushalt anders aus. Wie bereits erwähnt, ist es aus eigener Kraft für fast alle NRW-Kommunen derzeit unmöglich, aus dieser Spirale des Eigenkapitalverzehr herauszukommen. Durch teilweise völlig unverständliche Neuregelungen hat die Landesregierung in den letzten Monaten diese Situation zumindest für unseren Raum noch verschärft. Von den Gesetzgebern ist daher eine gerechte Neuregelung der kommunalen Finanzierung einzufordern. Leistung muss sich wieder lohnen und darf nicht wie derzeit massiv bestraft werden. Ich fordere daher:

1. Differenzierte fiktive Hebesätze, mit denen die wirklichen Gegebenheiten in den unterschiedlichen Kommunen widerspiegelt werden:
Dadurch werden die örtlichen Gegebenheiten in keinster Weise widerspiegelt. Mit den seit 10 Jahren unveränderten Hebesätzen liegen wir inzwischen deutlich unter den fiktiven Hebesätzen des Landes und verzichten zugunsten unserer Bürger auf Landesmittel. Die fiktiven Hebesätze sind daher für kleinere und mittlere Kommunen herabzusetzen und für größere zu erhöhen, um den völlig ungerechtfertigten Lastenausgleich von Klein zu Gross zu unterbinden.
2. Rücknahme des seit 2011 völlig überhöhten Soziallastenansatzes bei der Bemessung der Schlüsselzuweisungen:
Aufgrund unserer günstigen Arbeitslosenquote und der dadurch bedingten geringen Zahl von Hartz IV-Empfängern haben wir in diesem Jahr statt der geplanten 1,8 Mio. € nur noch rund 700.000 € bekommen und werden 2012 nur noch 123.000 € an Schlüsselzuweisungen erhalten. Tendenz: 0!
Mit dieser Maßnahme bestraft das Land bewusst jene Kommunen, die viel Wert auf solide Haushaltsführung und Arbeitsplätze vor Ort gelegt haben und belohnt das Gegenteil. Hartz IV-Kosten werden über die Solidargemeinschaft der Kreisumlage gezahlt. Wir werden daher doppelt bestraft, in dem wir die weitaus höheren Soziallasten der Nachbargemeinden mit Schultern und gleichzeitig Schlüsselzuweisungen abgezogen bekommen. Wir werden trotzdem nicht dem Gedanken verfallen, jetzt auch die Hände in den Schoß zu legen und uns von der großen Gemeinschaft mittragen zu lassen. Ich glaube weiter an „Wohlstand durch Wachstum vor Ort“ und werde mich für die Schaffung weiterer Arbeitsplätze hier vor Ort einsetzen. Die geplante Abundanzumlage wird wahrscheinlich ab 2014 für den nächsten sozialistischen Hammer sorgen und die letzten Überlebenden zum Sterben verurteilen.

Gleichzeitig hemmt das Land uns mit seiner Planwirtschaft an der Weiterentwicklung unseres Wirtschaftsstandortes. Ein forstwirtschaftlicher Kiefernwald wird gegenüber dem dringenden Erweiterungsbedarf einheimischer Firmen heilig gesprochen. Gewerbe- und Wohnflächen werden von staatlicher Seite nach Einwohnerzahl und nicht nach Bedarf verteilt.

Auch Land und Bund leben wie wir von den Steuern unserer Arbeitnehmer und Unternehmen. Durch die „Politik der Gleichmacherei“, bei denen oftmals auch Neidfaktoren eine Rolle spielen, wird an den wenigen Kommunen, die noch Luft zum Atmen haben, der Würgegriff angelegt. Für mich ist es völlig unverständlich, dass man die kommunale Selbstverwaltung dermaßen aushöhlt und in wirtschaftlich ungewissen Zeiten Entwicklungspotentiale hemmt. Bei aller Wertschätzung für den Naturschutz, den auch wir an vielen Stellen unseres Ortes für sinnvoll erachten: Die Diktatur der Ökologie muss endlich aufhören! Stuttgart 21 hat es gezeigt: Nicht die laut tönenden selbsternannten „Gutmenschen“ sondern die schweigende Mehrheit hat dort gesiegt. Wir verzichten gerne auf jegliche Schlüsselzuweisung, wenn man uns die Chance lässt, die Dinge hier vor Ort zu regeln. Das einstimmige Ratsvotum zur gewerblichen Entwicklung hat doch gezeigt, dass sich die Bevölkerung dieser Wohlstandsfaktoren sehr bewusst ist. Mein Dank gilt an dieser Stelle all denjenigen, die sich derzeit auf ihren Ebenen für die Erweiterung des Gewerbegebietes im Schierbusch einsetzen. Noch haben wir eine Chance!

3. Vollständige Gegenfinanzierung der Sozialleistungen durch den Bund, insbesondere auch bei der Eingliederungshilfe und den SGB II-Leistungen: Beide durch Bundesgesetz beschlossenen Leistungen werden über die Kreisumlage von den Gemeinden mitfinanziert und bilden die hauptsächliche Ursache für den desolaten Zustand der Gemeindefinanzen. Immer neue soziale Wohltaten, wie jüngst das Bildungs- und Teilhabepaket, führen sogar noch zu einer Ausweitung. Hier ist der Bund gefragt, dem grundgesetzlichen Auftrag nach sozialem Ausgleich mit Augenmaß und dem Grundsatz „Fördern und Fordern“ nachzukommen und die unschuldigen Kommunen stärker zu entlasten. Die geplante Übernahme der Grundsicherungsleistungen reicht nicht aus, zumal das Land diese bereits für seine oben erwähnten Umverteilungsszenarien vereinnahmen möchte.
4. Kompletter Ausgleich der U3-Mehrbelastungen für die Kindertageseinrichtungen: Was in Berlin und Düsseldorf zu diesen Themen an Rechtsansprüchen beschlossen wurde, sollte auch von denen vollständig bezahlt werden. Wir sind nicht mehr in der Lage, die übertriebenen Raum- und Personalprogramme zu schultern! Bitte verstehen Sie mich nicht falsch: Der Ausbau ist familienpolitisch absolut richtig und dient neben der frühkindlichen Bildung der immer dringenderen Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Trotzdem: Wer bestellt, hat zu bezahlen! Den Kommunen erst die Mittel für Selbstverwaltungsaufgaben zu entziehen, anschließend neue Pflichtleistungen aufzubürden und dann noch im Rahmen der eintretenden Haushaltssicherung mit der Kommunalaufsicht zu drohen: Dies kann

zumindest für den hiesigen Teil des Landes nicht der richtige Ansatz sein. Daher: Schluss mit der Reglementierung und Umverteilung! Der Staat zahle, was des Staates ist und lasse den Kommunen ihren Freiraum! Ansonsten können wir uns in einigen Jahrzehnten den dreigliedrigen Staatsaufbau mit der Selbstverwaltungsgarantie sparen!

5. Überprüfung der NKF-Konzepte, die nach heutiger Sicht als gescheitert zu betrachten sind:

Kommunen sind keine wirtschaftlichen Unternehmen und können Abschreibungen und Rückstellungen auch nicht steuermindernd absetzen. Zudem müssen die Gemeinden beide Positionen auch für den Kreis und den Landschaftsverband erwirtschaften, da diese ihre zusätzlichen nicht zahlungswirksamen Aufwendungen durch uns mit Finanzmitteln bezahlen lassen und dadurch Liquidität gewinnen. Daher war seit der Einführung des NKF ein Haushaltsausgleich bei uns nicht mehr möglich. Zumindest die Finanzierung der Umlageverbände muss daher dringend geändert werden. Außerhalb der Sozialleistungen sollten die Umlageverbände ihre freiwilligen Maßnahmen selbst finanzieren und sich dafür auch vor dem Bürger rechtfertigen. Auch sind die NKF-Regelungen zum Haushaltsausgleich mit einer statischen Ausgleichsrücklage und den stringenten Regelungen zur Rücklageentnahme wenig sinnvoll. Ich hoffe, der Gesetzgeber, wird diese Fehler im Sinne der Kommunen bald neu regeln.

Trotz aller zugegeben teilweise subjektiven Schelte gegenüber dem Gesetzgeber sind auch wir vor Ort gefordert, weitere Potentiale zu suchen. So haben wir im vergangenen Jahr das defizitäre **Hallenbad** intensiv untersucht und festgestellt, dass hier insbesondere die Einnahmeseite unbefriedigend ist. Mit den bereits vorgestellten Maßnahmen ist es uns gelungen, das Defizit von **274.000 € im Jahre 2010 um rund 60.000 €** im kommenden Jahr zu verbessern. Das gemeindliche Gebäudemanagement konnte durch einen effizienten Einsatz des Hausmeisterpools und Neuausschreibungen der Sachleistungen die Unterhaltsleitungen in zahlreichen Produkten minimieren. Unser Stellenplan sieht im Verwaltungsbereich für 2012 einen Abbau von 2,26 Stellen vor. Die interkommunale Zusammenarbeit wird zukünftig für weitere Einspareffekte sorgen. So haben wir inzwischen die Beihilfesachbearbeitung an die Versorgungskasse Münster abgegeben und finanzieren dies durch Arzneirabatte. Beachten Sie bitte, dass wir zu den Aufwendungen von 6,3 Mio. € auch 2,1 Mio. € an Erstattungsleistungen bekommen und mit netto 4,2 Mio. € trotz Tarifsteigerungen sogar noch unter dem Vorjahr liegen werden.

Fortsetzen möchten wir allerdings die Ausbildung von Nachwuchskräften, um den auch bei uns prognostizierten Fachkräftemangel vorzubeugen. Mit jeweils einer zusätzlichen Auszubildenden im Verwaltungs- und Erzieherbereich und damit insgesamt 7 Nachwuchskräften werden wir unserer Verantwortung in diesem Bereich gerecht.

Neben den angesprochenen Investitionen wird im kommenden Jahr das Audit „Familienfreundliche Kommune“ im öffentlichen Fokus stehen. Zusammen mit den Kirchen und Familienzentren wollen wir an einer noch besseren Vernetzung unserer vielfältigen Aktivitäten auf diesem Gebiet arbeiten. Der Auftaktworkshop wird am 3. März sein. Mit der Zertifizierung rechnen wir im Herbst. Bereits jetzt lade ich Sie alle ein, sich hier aktiv einzubringen und erkläre das kommende Jahr „**Zum Jahr der Hövelhofer Familie**“.

Liebe Vertreter unserer Bürgerschaft!

Trotz unseres Eigenkapitalverzehr stehen wir im interkommunalen Bereich noch vergleichsweise gut dar, sind weiterhin handlungsfähig und können dank nachhaltiger Beschlüsse in den vergangenen Jahren optimistisch in die Zukunft blicken. Mein Dank gilt daher allen Vertretern des Rates für die konstruktive und am Gemeinwohl orientierte Arbeit im vergangenen Jahr. Ich hoffe, dass wir den erfolgreichen Weg der soliden aber effektiven Haushaltsführung gemeinsam weitergehen und mit positiver Grundstimmung zu einem glücklichen Hövelhof beitragen können.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!